

# Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion Bergstraße

Wormser Straße 34, 64625 Bensheim  
Tel: 06251-68385 Fax: 06251-68355  
gruene.bergstrasse@t-online.de www.gruene-

Eingang Kreistagsbüro:

20. April 2009

Kreistagsbüro  
z.H. Herrn Breitwieser  
Gräffstrasse 5  
64646 Heppenheim

**Datum**

20.04.09

## **Antrag „Gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit“**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,  
nachfolgenden Antrag bitten wir auf die Tagesordnung der am  
stattfindenden Kreistagssitzung zu setzen:

### ANTRAG:

Der Kreistag möge beschließen:

### „Gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit“

„Der Kreistag bittet den Jugendhilfeausschuss, ein präventives Konzept zum Thema „Gewalt und Rechtsextremismus“ zu erarbeiten.

Zu diesem präventiven Ansatz gehört auch die Frage einer aktiven Jugendbildung und Sozialarbeit vor Ort. Es ist wichtig, Jugendlichen zu ermöglichen, ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu können. Deshalb sind Strukturen der demokratischen Mitbestimmung und Selbstverwaltung von Jugendlichen, z.B. in Jugendzentren, Jugendparlamenten mit echten Entscheidungsrechten Ansätze, die es zu unterstützen gilt.

Es soll bei der Erstellung des Konzepts auch überlegt werden, ob und wie die „akzeptierende Jugendarbeit“ bei uns etabliert werden kann. Eine aktive Jugendarbeit muss in die rechten Milieus hineingehen und versuchen, die jugendlichen Mitläufer von den zentralen Kadern zu trennen

Der Kreistag schätzt die Arbeit der freien Jugendverbände als einen zentralen Beitrag im Bereich der präventiven Arbeit. Sie wird sie darin weiterhin aktiv unterstützen.

Darüber hinaus ist es wichtig, Multiplikatoren und Verantwortliche in der Jugendarbeit und außerschulischen Bildungsarbeit durch gezielte Kurse für die Auseinandersetzung mit „Rechten Argumenten“ fit zu machen. Hier sollten die Bildungsträger (KVHS, Bildungsinstitute) konkrete Angebote entwickeln.

Der Kreistag setzt sich dafür ein, dass Kulturveranstaltungen in der Region, bei denen die regionale Musik- und Kulturszene auftreten kann, gefördert und unterstützt werden.

Integrationsmaßnahmen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in allen Bereichen der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung. Die Arbeit der Ausländerbeauftragten des Kreises, aber auch aus anderen Bereichen wie z.B. der Polizei sind Querschnittsaufgaben der Gesellschaft und der Politik und müssen entsprechend gefördert werden.

Der Kreistag bittet die Schulen, in ihren Schulalltag die Fragen, die sich mit dem Rechtsextremismus im weitesten Sinne stellen, aufzunehmen und offensiv zu behandeln.

Die politischen Parteien werden aufgefordert, sich aktiv in die politische Auseinandersetzung mit rechten Parteien und Bündnissen zu begeben.

Dies gilt besonders dann, wenn diese Gruppen in die Parlamente einziehen. Ein Totschweigen oder Ignorieren ist der falsche Weg der Auseinandersetzung, dies haben die jüngsten Entwicklungen deutlich gezeigt.

Als eine konkrete Maßnahme wird der Kreisausschuss aufgefordert, einen „Pakt gegen Rechts“ zu initiieren, in denen die zivilgesellschaftlichen Akteure, die Schulen und die Verwaltung des Kreises vertreten sind. Die „Initiative gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ soll gebeten werden, dabei die Federführung dieses Paktes zu übernehmen.“

Begründung:  
Erfolgt bei Aufruf

Mit freundlichem Gruß



Jochen Ruoff, Fraktionsvorsitzender